

Indiana Tribune.

Jahrgang 8.

Office: No. 120 Ost Maryland Straße.

Nummer 153.

Indianapolis, Indiana. Donnerstag, den 19. Februar 1885.

Anzeigen

In dieser Spalte sowie in denselben nicht Geschäftsanzeigen und den Raum von drei Seiten nicht überschreiten, werden unentgeltlich aufgenommen.

Dieselben bleiben 8 Tage stehen, können aber aufgeschliffen neuveröffentlicht werden.

Anzeigen, welche bis Mittags 1 Uhr abgegeben werden, finden noch am selben Tage Aufnahme.

Berlangt.

Berlangt eine Frau über ein Mädchen für allgemeine Haushalte. Räberes in der Office des Blattes.

Neues per Telegraph.

Wetterausichten.
Washington, D. C., 19. Febr.
Schönes Wetter, veränderlicher Wind, geringe Änderung der Temperatur.

Nach Afrika.

London, 19. Febr. Das erste Battalion der Gold Stream Guards 840 Mann starb gestern nach Suakin ab.

Revolte.

London, 19. Febr. Nachrichten aus dem Gouvernement Irakust in Oktobrien wurden, daß eine große Zahl Verbündeter revolutionär, aber nach darinliegendem Kampfe überwältigt wurde. Viele Soldaten und Verbündete wurden getötet und auf beiden Seiten fanden viele Verwundungen vor.

Editoriales.

Die Bill zur Verhinderung des Imports von Arbeitern unter im Auslande abgeschlossenen Contrakten wurde gestern im Bundeskongreß vorgelegt. Die Annahme eines Amendements macht es notwendig, daß die Bill wieder an das Haus zurückgeht. Wie hoffen daß zwischen den beiden Häusern des Kongresses eine Einigung erzielt wird, so daß gewissenlosen Ausbeutern menschlicher Arbeit wenigstens teilweise das Handwerk gelegt wird.

Es ist bis jetzt vielfach ein ganz infame Brauch weggelassen von Seiten der Kolonialgesellschaft und solcher Fabrikanten, deren Arbeit keinen besonderen Fertigkeit bedarf, Arbeiter im Auslande anzuwerben. Dazu werden Gegenden ausgewählt, deren Bewohner auf einer tiefen Stufe der Lebenshaltung stehen, und in Bezug auf amerikanische Bevölkerung total unvorsichtig sind. Einen Italiener oder Slowaken dünkt ein Wohlbau von \$5-6 ein märchenhafter Reichthum.

Dann werden diese importierten Slaven, welche der Bandespreche unkundig glauben, daß ein Bruch des Contraktes schwer defekt wird, manhaft auf einen Punkt geworfen, wodurch unsere amerikanischen Arbeiter dem Hunger und der Verweisung in die Arme getrieben werden.

Es ist hohe Zeit, daß diesem niederrichtigen, herlosen Treiben ein Ende gemacht wird.

Die Arbeitersfrage ist damit freilich nicht gelöst. Die Annahme des Geleget ist in einem Fall nur ein gewonnenes Vorpostengeschick, aber es ist doch immerhin etwas.

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Neuordnung des Staates in Congress- und Legislaturdistrikte die Legislatur passieren wird. Die geistige Abstimmung im Hause hat es gezeigt. Die Eintheilung ist so ungefähr, daß selbst viele Demokraten sich schämen, dafür zu stimmen.

Wir haben nichts dagegen, wenn eine Partei ihren Sieg dazu nutzt, sich kleine Vorrechte zu schaffen, der Versuch jedoch, durch bloße Kunstgriffe ihre Macht zu einer permanenten zu machen, ist ein verwerflicher der die Zweckmäßigkeit des ganzen Repräsentativverschaffens in Frage stellt.

Es macht sich zur Zeit immer mehr das Bestreben kund, der Minorität die ihr gebührende gerechte Vertretung zu schenken.

Die unabdingbare Macht der Majorität findet heutzutage keine Anerkennung mehr.

Als die Republikaner ihre Subsistenztheorie aussetzten, befürworteten sie, weil wir das Recht der Majorität nicht anerkennen können, die Minorität ihrer tatsächlichen Freiheit zu berauben.

Aus dem gleichen Grunde müssen wir das gegenwärtige Verbrechen der demokratischen Majorität die republikanische Minorität ihrer gezielten Vertretung zu berauben, für eine grobe Ungerechtigkeit erklären.

Der Zustand, daß Republikaner es schon ebenso gemacht haben, bietet daher keine Entschuldigung. Die Gerechtigkeit muß höher stehen, als das Parteiinteresse, und Majoritätsdiktat ist verwerflich, gleichviel in welcher Form er auftritt.

Die Bill, welche die Verwendung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken und Bergwerken verbietet, wurde im Senate zur dritten Lesung bearbeitet. Vorschläge, welche das Verbot auf Kinder bis zu 14 Jahren ausdehnen, wurden verworfen, trotzdem die demokratische Plattform von 1884 ausdrücklich verspricht, die Ausbeutung von Kindern unter 14 Jahren zu verbieten.

Unsere Gesetzesgeber liegen meist in den Fesseln des Kapitals. Viele von diesen Landespionierinnen haben absolut gar keine Einsicht, und die Vertreter großer Städte nehmen mehr Rücksicht auf die Fabrikanten, als auf die Arbeiter.

Einzelne der Herren Senatoren waren nicht nur gegen die Ausdehnung des Gesetzes auf Kinder bis zu 14 Jahren, sondern ganz und gar gegen das Gesetz. Sollte man heutzutage in Europa noch für möglich halten?

Ein Herr Docteur sagte, er glaube, daß die Väter und Mütter besser wissen, wann und wo ihre Kinder arbeiten sollen, als die republikanische oder die demokratische Partei, oder der Senat.

Ist es erhöht? So etwas ist in einer Sache, in welcher die Arbeiterfrage alle anderen öffentlichen Fragen rücksicht überschattet!

Solche Ideen von Anna Tubal im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts! Weiß ein solcher Mann gar nicht, was in der Welt vorgeht? Kennt er den entsetzlichen Friede der Frauen- und Kinderarbeit nicht? Ist ihm die blutsaugende Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit von Seiten der unerlässlichen Hände des Großkapitals denn gar nicht bekannt? Hat er gar keine Idee davon, daß Kinderarbeit uns schließlich zu einem Volke unwissender Sklavenmäster Slaven machen muß? Aber es schadet Nichts!

So lange Vorgänge werden es schließlich doch dahin bringen, daß die Arbeiter zu Einsicht gelangen, daß sie die politische Arena betreten müssen.

Zur Ehre der deutschen Senatorn, Herren Johnson von Lafayette, Schloss von Terre Haute und Rahm von Evansville, sei übrigens gesagt, daß sie für die Ausdehnung des Gesetzes auf Kinder bis zu 14 Jahren stimmen.

Die Fluh- und Ofenfesten bildete den Gegenstand der Verhandlungen, wobei die Debatte sich meist um einen Bewilligungsvorschlag von \$500,000 für den Bau von Galvion drehte. Der Vorschlag wurde schließlich verworfen.

Folgende Amendments zur Hausbill wurden vorgenommen:

Das Schauspieler, Sänger, Vorleser und andere Künstler, von den Bestimmungen des Bill ausgeschlossen seien.

Das der Artillerie nicht die Hälfte der Streitkräfte bekommen soll.

Das Bundesstaatskanzlei übertritt des Gesetzes auf öffentliche Kosten projizieren sollen.

Das Bill wurde mit 50 gegen 9 Stimmen angenommen.

Mit Ausnahme Hawley's von Connecticut waren sämtliche Republikaner und demokratische Führer wie Bayard und Randall stimmen gar nicht.

Das Bill geht jetzt an das Haus zurück, damit dasselbe über die vom Senate angenommenen Amendments schlüssig wird.

Haus.

Die Fluh- und Ofenfesten bildete den Gegenstand der Verhandlungen, wobei die Debatte sich meist um einen Bewilligungsvorschlag von \$500,000 für den Bau von Galvion drehte. Der Vorschlag wurde schließlich verworfen.

Ver Kabel.

Aus dem Sud'an.

London, 18. Febr. Berichte von Abulosa melden, daß General Buller seine Stellung bei Gubat aufzugeben beabsichtigt. Aus den beiden Dampfern Gordon's wurden die Maschinen genommen, worauf er sich mit seiner ganzen Force nach Abulosa zurückzog.

Der Mahdi bekämpft es, jetzt mit 80,000 Männern gegen Mettemeh, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die Briten auf Gubat zurückziehen. Die ganze Stärke der Engländer bei Abulosa beträgt bloß 1900 Mann mit 1500 Kanonen.

Zur Frage der Gegenwart.

London, 18. Febr. Sir Vernon Harcourt empfängt heute eine Deputation unbescholtener Arbeiter. Die Deputation sagt ihm, daß das Volk keineswegs Almosen verlangt, sondern Arbeit. Das Volk verlangt Hilfe in einer Weise, welche es nicht beschimpft.

Der Minister verpflichtet, der Sache keine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Frage, wie Abhilfe zu schaffen sei, bleibt außerordentliche Schwierigkeiten.

Er wies auf die Versuche hin, welche vor 35 Jahren in Frankreich durch Anlagen öffentlicher Werke gemacht wurden, und welche fehlgeschlagen. Vielleicht meint er, ließe sich durch Unterstützung der Auswanderung etwas tun, und er werde sich diesbezüglich mit den Colonialbehörden in Verbindung setzen.

Der Minister verpflichtet, der Sache keine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Frage, wie Abhilfe zu schaffen sei, bleibt außerordentliche Schwierigkeiten.

Die Beerdigung des Dr. Leopold Damrosch.

New York, 18. Febr. Dr. Leopold Damrosch wurde gestern Nachmittag vom Metropolitan Opera Haus aus zur letzten Ruhe bestellt. Der Sarg in welchem die Leiche ruhte war mit Palmzweigen geschmückt, und stand neben dem schwergeschmückten Notenpulte des verstorbenen Muellers. Auf dem Notenpulte lagen der Taststock und die Noten, welche er zuletzt benutzt hatte. Zahlreiche Blumensträuße schmückten den Sarg. Ein Comite des Thalia Theaters wohnte den Feierlichkeiten bei, ein Comite des "Action" fungierte als Bahrträger.

Henry Ward Beecher und Felix Adler hielten Reden und Trauermusik fanden statt.

Dem Leidenden voran schritten die Direktoren der Opernhäuser, Felix Adler, Henry Ward Beecher, Rev. William H. Cool und die Dirigenten der Gesangsvereine.

Es macht sich zur Zeit immer mehr das Bestreben kund, der Minorität die ihr gebührende gerechte Vertretung zu schenken.

Die Legislatur in Illinois Springfield, 18. Febr. Heute fand die erste Abstimmung der Legislatur über die Wahl eines Bundeskongressabgeordneten statt. 202 Mitglieder waren anwesen, 2 fehlten, 1 Demokrat und 1 Republikaner. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: John A. Logan 101; W. R. Morris 91; G. M. Davis 4; Frank Fowler 1; J. H. Ward 1; John Smith 1. Keine Wahl.

Wollen ihn in Soldatenkleider stecken.

Bloomington, 18. Febr. Dr. German Schröder von hier erhielt heute einen Robottelegramm von seinem Großvater in Deutschland, welcher sich fürs Leben aus dem Hause zu entfernen scheint um seine französische Mutter zu besuchen. Es heißt in der Depesche, daß sie ihn in Magdeburg festgenommen haben und der Arme ein eingeschlossenes Leben führen. Der junge Mann ist erst 23 Jahre alt und kam im Jahre 1876 nach Amerika.

Dr. Schröder hat an den amerikanischen Gesandten in Berlin in der Angelegenheit telegraphiert.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen dieselbe ausgesprochen haben. An den Bundesrat ist ein bezüglicher Antrag gar nicht erst gebracht und es wird bestimmt verschoben, daß der Gedanke definitiv fallen gelassen sei.

— Die Verhängung des kleinen Belagerungsstaates über Frankfurt a. M. und Umgegend, die von einigen Blättern bereits ganz bestimmt bevorstehend gemeldet war, wird nicht erfolgen. Der Polizeipräsident von Hergenhahn soll zwar sofort nach der Ermordung Rumpff's sich für diese Maßregel ausgesprochen haben; der Regierungspräsident und der Oberpräsident aber waren von der Notwendigkeit oder Möglichkeit derselben nicht überzeugt, und im preußischen Ministerium soll man sich gegen